

Sebastian Koch

Für DIE LINKE ist Netzpolitik kein Neuland¹

Seit einigen Jahren entwickelt sich die Netzpolitik als ein neues Politikfeld in Deutschland. Mit dem Siegeszug des Internets in allen Lebensbereichen bieten sich völlig neue Chancen für Politik und Gesellschaft. Daten und Informationen können heute nahezu kostenfrei im Internet veröffentlicht und damit potenziell allen Menschen zugänglich gemacht werden. Texte, Bilder, Videos und vieles mehr aus der ganzen Welt lassen sich in Sekunden herunterladen und mit allen, die es möchten, teilen. Im Zusammenhang mit dieser Entwicklung stellen sich aber auch politische Herausforderungen für die Politik. Dabei geht es vor allem darum, wie die Möglichkeiten des Netzes von allen Menschen genutzt werden können und wie der Kulturraum Internet als ein Ort der Gleichheit und Freiheit geschützt werden kann.

DIE LINKE hat sich frühzeitig netzpolitischen Themen zugewandt. Bereits im September 2007 haben Lothar Bisky (Parteiorganisator und medienpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE) und Jürgen Scheele (medienpolitischer Referent der Bundestagsfraktion DIE LINKE) unter der Überschrift »Die digitale Spaltung der Gesellschaft« formuliert: »Dem Zugang zur technologischen Infrastruktur digitaler Kommunikation kommt eine ähnlich große Bedeutung zu wie der Herrschaft über informationelle Knoten und Schnittstellen im Kommunikationsnetzwerk. Der Zugang zum Internet als Zugang zu Kommunikation und Information von Gesellschaften berührt daher Grundfragen demokratischer Beteiligung.«² Damit beschreiben sie die Forderung nach einer Zugangsgerechtigkeit zum Internet für alle Menschen und schließlich als Teil der Daseinsvorsorge.

¹ Dieser Beitrag ist verwendbar unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz CC BY 3.0.

² In: UTOPIE kreativ, Heft 203, September 2007, S. 816-825

In den folgenden Jahren hat die Partei DIE LINKE politische Ziele für eine eigene, linke Netzpolitik formuliert und entsprechende Vorschläge entwickelt. Neben der Vorratsdatenspeicherung und der Online-Durchsuchung kann die Debatte um das so genannte Zugängerschwerungsgesetz als der Punkt betrachtet werden, an dem sich die Netzpolitik in der politischen Landschaft etabliert hat. Die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen brachte ein Gesetz auf den Weg, das Internetanbieter dazu verpflichten sollte, Internetseiten, die sexuelle Gewaltdarstellungen an Kindern enthalten, für ihre Kunden zu sperren. Gegen diese Initiative entwickelte sich ein massiver öffentlicher Protest weit über das Internet hinaus, da hier mit mangelhaften technischen Methoden lediglich ein Stoppschild vor bestimmte Internetseiten geschaltet werden sollte. Der Kampf gegen die Produzenten dieser schrecklichen Inhalte lief dabei Gefahr, in den Hintergrund zu treten. DIE LINKE hat sich damals klar gegen Internetsperren ausgesprochen und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren unter dem Motto »Löschen statt Sperren« gegen die Pläne der Bundesregierung gekämpft. Dennoch wurde das Zugängerschwerungsgesetz 2009 von der großen Koalition im Bundestag beschlossen. Dem gesellschaftlichen und politischen Druck, der mit 134.000 Unterschriften auch von der größten Online-Petition beim Deutschen Bundestag gestützt wurde, ist es zu verdanken, dass der Bundestag dieses Gesetz Ende 2011 endlich wieder aufgehoben hat.

Die Bedeutung der Netzpolitik für DIE LINKE hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Im November 2010 präsentierten Bodo Ramelow, Petra Sitte und Halina Wawzyniak u.a. einen netzpolitischen Beitrag zur Programmdebatte der LINKEN.³ Dort wurden die Kernfragen einer LINKEN-Netzpolitik diskutiert und im Weiteren in die Erarbeitung des Parteiprogramms eingebracht. Dieser Beitrag führte gemeinsam mit den von der Linksfraktion im Deutschen Bundestag erarbeiteten Initiativen dazu, dass die Netzpolitik im nun gültigen Programm der Partei DIE LINKE einen festen Platz hat.

Auch im Deutschen Bundestag hat DIE LINKE spätestens seit der laufenden 17. Wahlperiode ein klares netzpolitisches Profil ge-

³ Bodo Ramelow, Petra Sitte, Halina Wawzyniak, u.a.: It's the internet, stupid (<http://bit.ly/clvgiD>)

zeigt. Sie hat mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Halina Wawzyniak eine netzpolitische Sprecherin der Fraktion ernannt, die federführend in diesem Themenfeld tätig ist. Gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung führte die Bundestagsfraktion einen netzpolitischen Kongress unter dem Motto »Netz für Alle«⁴ durch, auf dem aktuelle Themen gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern, Internet-Aktivistinnen und -aktivisten diskutiert wurden. Am Vorabend des Kongresses gründete sich in Berlin zudem die Bundesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik⁵ der Partei DIE LINKE. In einem ersten Aufruf heißt es: »Wir wollen inhaltliche Arbeit leisten und wir wollen die Aktiven sowie die Funktions- und MandatsträgerInnen in Landes- und Kreisverbänden vernetzen, um so die Netzpolitik auch vor Ort zu stärken und zu unterstützen.«

Für DIE LINKE ist Netzpolitik heute also kein Neuland mehr. Viele aktive Mitglieder, engagierte Sympathisantinnen und Sympathisanten und immer mehr Mandatsträgerinnen und Mandatsträger widmen sich diesem wichtigen Zukunftsthema. DIE LINKE ist damit ein etablierter Akteur in den gesellschaftlichen und politischen Debatten um die Zukunft eines freien Internets und wird weiter für die Zugangsgerechtigkeit im Netz für alle Menschen streiten.

⁴ www.netzfueralle.de

⁵ www.dielinke-netzpolitik.de